Donnerstag, 7. Februar 1924 · 72. Jahrgang Nr. 64

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nr. 15 Goldpfg. = 150 Mill. M.

Erscheint täglich zweimal Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 10 Goldpfennig (amtlicher Kurs am Tage der Einzahlung) im voraus zahlbar; durch die Post 3,50 Goldmark monatlich exkl. Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 1spaltige Zeile 0,60 Goldmark; für kleine Anzeigen: das Wort 0,15 Goldmark; das fettgedruckte Wort 0,30 Goldmark. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 48—49. Fernspr.: Dönhoff Nr. 5440 bis 5450; für den Fernverkehr Nr. 42-7 bis 42-9. — Rudolf Mosse-Konto. — Postscheckkonto: Nr. 2.1, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Straße 67—68, Wiener Straße 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 54b, Große Frankfurter Straße 101, Greifswalder Straße 107, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung
Film-Zeitung
Techn. Zeitung
Sport-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Witzblatt „ULK"
BERLIN REGNERISCH

Geschäftsstellen: Charlottenburg 4, Rheinbahnstr. 79, Fasanstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Kantstr. 96-97, Rosenthaler Str. 48, Kaiserdamm 21, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 105, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 69, Friedrichstr. 9, Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 54, Schlüterstr. 30, Nürnberger Str. 30-36, Kaiserdamm 20, Friedenau: Rheinstr. 19, Halensee-Grunewald: Hauptstraße, Lichterfelde: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Curtiustr. 1-2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 217-46, Pankow: Berliner Str. 1, Schönhauser Allee 121, Reinickendorf: Reinickendorf-Ost, Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 135, Tempelhof: Berliner Str. 147, Treptow: Kreutzberg: 7, Weißensee: Gravestr. 136, Wilmersdorf: Uhlandstr. 8, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4, Breslau: Schweidnitzer Str. 31-32, Cottbus: Schlossstrasse 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a, Niederschönweide: Brückenstr. 23, Potsdam: Brandenburger Str. 23, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Paradeplatz 3
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Schnelldienst

Mussolini hat Richard Strauß empfangen.

Der Heidelberger Stadtrat beabsichtigt zur Balancierung des städtischen Haushalts die städtischen Werke in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln.

Die Schandtaten der Separatisten in der Pfalz dauern an.

Die Schiffahrt auf dem Ems-Weser-Kanal wurde nach Beendigung des Einsturzbruchs in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtags beriet über die Verordnung zur vorläufigen Regelung der Gewerbesteuer.

In Pirmasens haben die Kommunisten das Rathaus besetzt.

Der Kieler Leichter „Alida", von Rotterdam nach Hamburg unterwegs, ist bei Brunsbüttel gesunken. Die Besatzung wurde geborgen.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, hat einen Urlaub angetreten und ist in Berlin eingetroffen.

Die auf den 5. Februar berechnete Großhandelsindexziffer ergibt gegenüber dem Stande vom 29. Januar (114,8) einen Rückgang um 0,8 Prozent auf 113,8.

Am 23., 24. und 25 Juli wird in Antwerpen ein internationaler eucharistischer Kongreß stattfinden.

Demnächst wird der Schiffsverkehr Swinemünde—Pillau wieder aufgenommen.

Hilton Young, der englische Finanzberater der polnischen Regierung, verläßt in der nächsten Woche Warschau.

Der Sekretär der Berliner Russischen Botschaft, Uftnow, ist von seinem Posten zurückgetreten und nach Moskau abgereist.

Die Universität von Neapel hat die Rektoren der russischen Universitäten zur Feier ihres 700jährigen Bestehens eingeladen, die im Juni begangen werden wird.

Aus Anlaß des Todes Wilsons flaggen die öffentlichen Gebäude des Saargebiets 48 Stunden halbmast.

Die Verhandlungen zwischen Ungarn und Jugoslawien haben zu einem Einvernehmen geführt.

Der Reichsrat beschäftigte sich in seinen Ausschüssen mit der dritten Steuernotverordnung.

Bei einem Wassereinbruch in eine amerikanische Mangangrube sind 42 Bergarbeiter ertrunken.

Japans innere Krisis

Vor einer sozialen Revolution? — Die „Preußen des fernen Ostens" — Die koreanische Irredenta — Soziale Bedrängnisse — Die innerpolitische Reaktion — Joffes Mission — Die Folgen des Erdbebens — Nach dem Anschlag auf Hirohito — Die Stellung des Kabinetts Kiyoura

Japan liegt uns unendlich nahe: Dies ist dem objektiven Betrachter nie so sehr ins Bewußtsein getreten wie in diesen Wochen, da Pessimisten den Ausbruch der sozialen Revolution im Lande der aufgehenden Sonne als nahe bevorstehend bezeichnen.

Vor dem Weltkrieg liebten es gewisse Kreise in Deutschland, die Japaner die „Preußen des fernen Ostens" zu nennen, und es ist verblüffend, wie weit dieser Vergleich sich ausspinnen läßt. Wie Preußen 1864, 1866 und 1870/71 in drei Kriegen siegreich war, so war es auch das bis dahin nur vom hohen Standpunkt europäischer Zivilisation herab betrachtete Japan 1894/95 gegen China, 1904/05 gegen Rußland und 1914/19 in seiner Teilnahme am Weltkrieg. Wie Preußen-Deutschland erhob es sich plötzlich und überraschend für die übrigen Mächtigen zum Range einer Großmacht. Wie Preußen-Deutschland erlebte es einen industriellen und kommerziellen Aufschwung von ungeahnter Weite, aber wie Preußen-Deutschland, das nach den Worten des toten Bethmann-Hollweg an der Unvollkommenheit seiner verfassungsmäßigen Zustände zugrunde ging, ist auch Japan in seiner staatspolitischen Innenentwickelung zurückgeblieben.

Um zu einer der Kritik standhaltenden Beurteilung des Widerstandes zu gelangen, gegen den sich heute die in Japan regierende Schicht zu verteidigen hat, muß zwischen zwei ihr feindseligen Faktoren unterschieden werden: Verbunden gegen die Seiyukai, die japanischen Konservativen, sind das einheimische Proletariat vom unterberechtigten Bürger bis zum niedrigsten Kuli und die koreanische Irredenta. Die Annektion Koreas ist für Tokio unverdaulich gewesen. Fürst Ito, der die Oligarchie des Hochadels in eben den genannten Seiyukai wie einen rocher de bronce zu installieren meinte und als der eigentliche Eroberer Soeuls bezeichnet werden muß, fiel durch koreanische Nationalisten, und sein zweiter Nachfolger, Hara, wurde als Ministerpräsident im November 1921 ebenfalls durch ein koreanisches Komplott zur Strecke gebracht. Willkommene Bundesgenossen brachte den Koreanern die wirtschaftliche Krise, die mit dem Kriegsende über Japan hereinbrach: Die Hochkonjunktur des Kriegsgewinns erwies sich als scheinbar, der Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft brachte unvorherbedachte Schwierigkeiten, die Arbeitslosigkeit stieg ungeheuer, und damit machte sich eine soziale Gärung bemerkbar, die, je weniger die Regierungen taten, um so mehr zur Entladung drängte.

Fast stets in der Weltgeschichte war es, das Unglück konservativer Kabinette, in Zeiten, die neuer Dinge trächtig sind, das Notwendige zu verabsäumen und nur auf die Erhaltung der eigenen Macht zu sehen: Das Kabinett Takahaschi, das auf Hara folgte, ebenso wie die Ministerien Kato und Yamamoto, kamen über zage Ansätze zu den unabweislichen Neuerungen nicht hinaus, und die zeitweise geplante Wahlreform scheiterte zudem an dem verbissenen Widerstand des Herrenhauses, das in seiner Zusammensetzung ein Abbild des preußisch-wilhelminischen Herrenhauses ist. Man bedenke, daß auch die Abgeordnetenkammer keine Volksvertretung, sondern eine Klassenvertretung nach altpreußischem Muster ist. Trotzdem im Kriege die Steuergrenze für Wahlberechtigte von 10 Yen auf 3 Yen herabgesetzt wurde, sind bei den diffizilen Verdienstmöglichkeiten die großen Massen auch heute noch ohne Einfluß auf den Gang der Geschicke des Landes. Nach der Lage der Dinge ist der bürgerliche Liberalismus, vertreten durch die Kokominto-Partei und den Koshin-Klub, im Parlament ohne wesentliche Bedeutung, und die Arbeiterschaft, wiewohl sie sich im letzten Jahrzehnt in Gewerkschaften organisierte, ist bis zur Stunde gesetzgeberisch völlig machtlos.

Ist es mehr als ein Zufall, daß in der Geschichte Japans plötzlich ein Name auftaucht, der auch uns Deutschen aus dem Jahre 1918 her geläufig ist? Außenpolitische Erwägungen veranlaßten die Regierenden von Tokio, die intransigente Haltung gegenüber Moskau aufzugeben und durch den gewiegten Innenminister Baron Goto Verhandlungen mit den bolschewistischen Machthabern anzuknüpfen. Vielleicht mag zu diesem Entschluß, der vom konservativen Standpunkt innenpolitisch mehr als gewagt war, die Erinnerung an die peinliche Isoliertheit beigetragen haben, in der sich Japan kurz zuvor auf der Hardingschen Abrüstungskonferenz in Washington befunden hatte. Moskau entsandte Joffe, der Anfang November 1918 als russischer Botschafter in Berlin wegen propagandistischer Einmischung in die inneren deutschen Verhältnisse durch das Kabinett Max von Baden seine Pässe zugestellt erhalten und später Moskau nicht ohne Geschick nach dem Krieg gegen Polen bei den Rigaer Friedensverhandlungen vertreten hatte. Wir erinnern uns, daß die Koffer Herrn Joffes seinerzeit neben Notenentwürfen und Aktenstücken eine Fülle kommunistischer Traktate verbargen, und auch in Japan hielt der schlaue Vertreter Moskaus seinen Einzug mit einem Chimborasso von Gepäck und einer Karawane von Beamten, so daß unzweifelhaft es sich nicht allein um Material und Sachverständige zu den in Frage stehenden Fischereigerechtigkeiten an der sibirischen Küste gehandelt haben kann. Die Folgen blieben nicht aus: In einer mit Recht verbitterten Bevölkerung fanden die Apostel Lenins zahlreiche Gläubige, und der Gedanke der sozialen Revolution nach russischem Muster gewann Anhänger um Anhänger.

Der deutsche Novembersturm im Jahre 1918 war eine Folge der militärischen Niederlage Ludendorffs, und fast scheint es, als werde für Japan die ähnlich vernichtungsvolle Erdbebenkatastrophe vom 1. September 1923 in ihren Auswirkungen von gleicher Bedeutung werden. Als das furchtbare Unglück die Hauptstadt und den bedeutsamsten Hafen des Landes in Schutt gelegt hatte, verfinsterte die Regierung, sie werde ohne Verzug alles tun, das Elend zu bannen, das Zerstörte wiederaufzubauen. Von Europa aus zu übersehen, ob alles Nötige geschah, ist natürlich unmöglich; soviel aber ist sicher, daß im japanischen Volk weite Kreise, namentlich unter den wirtschaftlich Schwächeren, der Regierung Energiemangel vorwerfen. Es kommt hinzu, daß auch außenpolitisch das Nationalunglück vom September Japans Machtstellung beeinträchtigte; ist doch heute trotz aller Verheimlichungsversuche die Tatsache nicht mehr zu verschweigen, daß ein großer Teil der japanischen Kriegsflotte durch das Erd- und Seebeben schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ein weiteres Anwachsen der Mißstimmung brachte dann der Umstand, daß die Regierung sich die Ansicht der Seismologen angeeignet hatte, wonach neue Erderschütterungen nicht zu fürchten seien. Die Stöße vom Januar straften die Prognose Lügen. Wieweit die Entwicklung schon vorher gediehen war, beweist das Attentat auf den Regenten vom 27. Dezember des verflossenen Jahres, wobei ein japanischer Senatorssohn und kein Koreaner der Täter war. Es folgten der Bombenanschlag auf das kaiserliche Palais und der Versuch, einen Eisenbahnzug, in dem Abgeordnete der radikalkonservativen Takahaschigruppe reisten, zum Entgleisen zu bringen.

Es beleuchtet die Lage, daß die Intrigen der konservativen Parlamentsklique sich nach dem Attentat auf Hirohito namentlich gegen den als liberal verschrieenen Innenminister Goto wandten und seinen Sturz herbeiführten. Sein Gesinnungsgenosse, der Landwirtschaftsminister Baron Den, hatte schon vorher seinen Abschied nehmen müssen. Der gegenwärtige Premier, Graf Kiyoura, hatte den Versuch gemacht, aus Mitgliedern des Herrenhauses ein überparteiliches Kabinett zu bilden, aber der Empfang seines Ministeriums im Parlament war von eisiger Kälte. Kiyouras Manöver, die Partei der Seiyukai zu spalten, um so parlamentarisch regieren zu können, scheiterte; dies veranlaßte ihn, am Ende der Vorwoche zum letzten Aushilfsmittel, das ihm das Mißtrauensvotum ersparte, zu greifen und das Parlament aufzulösen. Auch das Herrenhaus, das an sich, da, von wenigen in kompliziertem Wahlmodus Gewählten abgesehen, seine Mitglieder vom Herrscher ernannt sind, vom Auflösungsdekret unberührt bleibt, hat nach der Verfassung seine Sitzungen abzubrechen, wenn das Abgeordnetenhaus aufgelöst ist, und da bestimmungsgemäß die neue Kammer erst innerhalb von fünf Monaten nach den Wahlen zu berufen ist, hat Kiyoura vorläufig parlamentarisch Ruhe, — wenn nicht das Volk seine Rechnung in Unordnung bringt.

Man begäbe sich ins vage und gefährliche Gebiet der Prophetie, wollte man, gleichsam befristet, Japan eine soziale Revolution ankündigen. Soviel aber ist sicher: Die bisher angewandten Palliativmittelchen, die an die Osterbotschaften preußisch-deutscher Vergangenheit erinnern, werden sich als wirkungslos erweisen. Die japanische Regierung stützt sich auf eine Polizei, deren Struktur die preußische Schule von anno dazumal verrät. Im zwanzigsten Jahrhundert gibt es für einen Staat keinen Schutz, der weniger zuverlässig ist als dieser. Der junge Hirohito, der für seinen kranken Vater, den Kaiser Joschihito, das Zepter führt, gilt als ein Mensch unserer Zeit mit liberalen Ansichten. Vielleicht bestätigt sein zukünftiges Wirken den Ruf.

Das „Preußen des fernen Ostens" durchlebt eine schwere Zeit. Will das japanische Volk, das in Deutschland reiche Sympathien besitzt, die Krise überstehen, muß es die bitteren Lehren preußischer Geschichte beherzigen, die wir Deutsche, schwer leidend, seit Jahren zu überwinden haben.

H. D.

Schachts Plan und die Sachverständigen

Der Aufbau der deutschen Goldnotenbank — Noch keine Festlegung des ersten Komitees

Berlin, 6. Februar. (Eca.)

Gegenüber verschiedenen Meldungen, wonach der Sachverständigenausschuß der Reparationskommission sich bereits auf einen Plan der Goldnotenbank festgelegt habe, der von dem Schachtschen Plan erheblich abweiche, erfahren wir, daß von einer solchen Annahme noch keine Rede sein kann. Es wurde zwar ein Projekt über die Errichtung der Goldnotenbank eingereicht, das wesentliche Unterschiede von dem Schachtschen Plan aufweist, jedoch liegt dieser Plan der Reparationskommission noch zur Prüfung und Diskussion vor. Eine Entscheidung darüber ist noch nicht gefallen.

Keine Note über die Besatzungskosten

Berlin, 6. Februar. (Eca.)

Der Berliner Berichterstatter des „Petit Parisien" meldet, es sei in Paris und Brüssel eine Note übergeben worden, in der die deutsche Regierung die völlige Unmöglichkeit darlege, die Besatzungskosten weiterhin zu bezahlen. Von zuständiger Stelle erfahren wir hierzu, daß in der letzten Zeit bezüglich der Besatzungskosten keine Demarche erfolgt ist.

Hochdruck im Reichskabinett

Die gestrigen Beschlüsse

Berlin, 6. Februar. (W. T. B.)

Das Reichskabinett genehmigte in seiner heutigen Sitzung den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnungen über Erwerbslosenfürsorge und des Arbeitsnachweisgesetzes, auch den Entwurf einer Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten, die in der Regel zehn Stunden am Tage nicht überschreiten und durch angemessene Pausen unterbrochen sein soll, sowie den Entwurf einer Verordnung über die Goldmarkrechnung im Konkurs. Des weiteren fanden Annahme: der Entwurf einer Verordnung über das Inkrafttreten des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt, eine Verordnung über Entschädigung aus dem Branntweinmonopolgesetz und der Entwurf einer Reichsschuldenordnung.

Die Wahlen zum Parteitag der V. S. P. D. Innerhalb der Organisationen der Sozialdemokratischen Partei sollen in nächster Zeit die Wahlen der Delegierten zu dem Ende März

Der Index der Woche

Statistisches Reichsamt

Durchschnitt Februar	**1 095 000 000 000**
4. Februar	**1 040 000 000 000, wöchentlicher Rückgang 1,9 %**